

1 FDP Landesparteitag NRW, Essen, 16.04.2005

2

3 Antragsteller: Landesvorstand (advokatorisch)

4

5

6 Der Landesparteitag möge beschließen:

7

8 **Das Liberale Bürgergeld: aktivierend, einfach und gerecht**

9

10 Wohlstand für alle ist in einer Zeit schneller wirtschaftlicher und technologischer Ver-
11 änderungen nur erreichbar, wenn es gelingt, die Rahmenbedingungen für Investitio-
12 nen und Innovationen ständig zu verbessern und die Eintrittsbarrieren Arbeitssu-
13 chender auf dem ersten Arbeitsmarkt wirksam abzubauen.

14

15 Dazu gehören zum einen die fehlende Flexibilität im Tarifvertragsrecht mit der Folge
16 zu hoher Sockellöhne, das zu starre Arbeitsrecht, insbesondere beim Kündigungss-
17chutz, und die viel zu hohen Lohnnebenkosten.

18

19 Zum anderen bedarf es einer zielgenaueren Ausgestaltung der staatlichen Transfer-
20 leistungen, die den arbeitsfähigen Bürgern stets einen ausreichenden finanziellen
21 Anreiz zur Aufnahme und Ausweitung einer regulären Beschäftigung belässt.

22

23 Bei einer wachsenden Zahl von gering Qualifizierten reicht die Arbeitsproduktivität
24 allerdings nicht aus, um die familiäre Existenz in vollem Umfange zu sichern. Ihnen
25 muss durch eine wirksame Hilfe zur Arbeit der Eintritt in ein reguläres Beschäfti-
26gungsverhältnis ermöglicht werden.

27

28 Zur Verbesserung der Arbeitsvermittlung muss zudem die Bundesagentur für Arbeit
29 grundlegend neu organisiert werden, weg von der zentralistischen Verwaltung, hin zu
30 einer bürgernahen Arbeitsvermittlung.

31

32 Nur wenn es gelingt, möglichst schnell zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu
33 kommen, werden wir es schaffen, die Schuldenspirale der öffentlichen Haushalte
34 endlich zurückzudrehen.

35 Die rot-grünen Arbeitsmarktreformen (Hartz-Gesetze) leisten keinen ausreichenden
36 Beitrag zur Lösung dieser Probleme. Folglich steigt die Arbeitslosigkeit auf immer
37 neue Rekordwerte. Statt dem Arbeitsmarkt den notwendigen Befreiungsschlag zu
38 geben, damit genügend Arbeitsplätze überhaupt entstehen können, werden den Ar-
39beitslosen faktisch die Leistungen gekürzt ohne ihnen neue Chancen durch Arbeit zu
40eröffnen.

41 Es fehlen ergänzende Reformschritte zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, zur
42 notwendigen Öffnung der Tarife nach unten und zur Verbesserung der Rahmenbe-
43dingungen für die in Deutschland tätigen Unternehmen, damit diese wesentlich mehr
44Arbeitsplätze anbieten können.

45 Ergänzend zu der Liberalen Steuerreform, den liberalen Vorschlägen für die Neuges-
46taltung der Kranken- und Pflegeversicherung und den liberalen Arbeitsmarktreformen
47fordert die FDP die Einführung des Liberalen Bürgergeldes, aktivierend, einfach und
48gerecht mit dem Ziel, die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft wieder in Kraft zu

49 setzen, dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe, dem Leistungsprinzip und dem Solidari-
50 tätsprinzip – für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

51 Durch das Bürgergeld wird das gesamte Sozialsystem modernisiert: Möglichst alle
52 steuerfinanzierten sozialen Hilfen des Staates werden auf die Bedürftigkeit der Bür-
53 ger ausgerichtet, pauschaliert, in einem Universaltransfer, dem Bürgergeld, zusam-
54 mengeführt und in die Einkommensbesteuerung integriert.

55 Für den Bürger entsteht ein einfaches, verständliches und dadurch gerechtes Sozial-
56 system. Die Anzahl der Ansprechpartner für die finanziellen Bedürfnisse der Bürger
57 wird auf ein Minimum reduziert, Mehrfacherklärungen über Einkommens- und Ver-
58 mögensverhältnisse gegenüber unterschiedlichen Ämtern entfallen.

59 Im Bereich unterer und mittlerer Einkommen wird durch ein System intelligenter Hin-
60 zuverdienst- und Sanktionsmechanismen gewährleistet, dass zum einen derjenige,
61 der arbeitet, spürbar mehr bekommt, als derjenige, der nicht arbeitet - ein gleitender
62 und lohnender Übergang zu besser bezahlter Arbeit entsteht.

63 Im Einzelnen schlägt die FDP vor:

64 1. Die Grundsicherung, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebensla-
65 gen), das Wohngeld, das Arbeitslosengeld II und das BAföG, als auch die mit
66 dem liberalen Reformkonzept für die Kranken- und Pflegeversicherung ver-
67 bundene steuerfinanzierte Unterstützungsleistung für Kinder und für Personen
68 mit unzureichendem Einkommen werden als Bürgergeld in einem Universal-
69 transfer zusammengefasst.

70 2. Das Bürgergeld wird mit der Einkommensteuer und dem Kindergeld zu einem
71 Steuer-Transfer-System aus einem Guss verknüpft. Steuern und soziale Hilfen
72 werden im Finanzamt miteinander verrechnet. Bürger mit höherem Einkom-
73 men zahlen Steuern an das Finanzamt, Bürger mit niedrigen oder gar keinem
74 Einkommen bekommen das Bürgergeld als eine Negative Einkommensteuer
75 ausbezahlt.

76 3. Die Höhe des Bürgergeldes wird auf der Grundlage folgender Leistungsbedarfe
77 ermittelt:

- 78 - Pauschale zur Sicherung des Lebensunterhalts (Ernährung, Kleidung und
79 Hausrat),
- 80 - Pauschale für Unterkunft und Heizung,
- 81 - Pauschalen zu den Beiträgen für Kranken- und Pflegeversicherung,
- 82 - Pauschale für Nachteilsausgleich bei Nichterwerbsfähigkeit und/oder Schwan-
83 gerschaft
- 84 - Pauschale für Mehrbedarfe bei Ausbildung und bei speziellen, häufig vorkom-
85 menden Behinderungen und Erkrankungen

86 4. Grundlage für die Berechnung des Bürgergeldes bildet die sog. Bedarfsgemeinschaft, d.h. alle in einem Haushalt zusammen lebenden Personen.
87

88 5. Voraussetzung für einen Anspruch auf Bürgergeld ist eine Bedürftigkeitsprü-
89 fung. Dadurch wird die notwendige Treffsicherheit gewährleistet. Bei der Be-
90 rechnung der Höhe des Anspruchs auf Bürgergeld werden Einkommen, Ver-
91 mögen oberhalb bestimmter Freibeträge und Unterhaltsansprüche aller Perso-
92 nen der Bedarfsgemeinschaft berücksichtigt. Das Kindergeld und die Pauscha-

- 93 le für die Gesundheitsprämie der Kinder werden unabhängig von der Bedürf-
94 tigkeit generell in voller Höhe gewährt.
- 95 6. Der Bürgergeldempfänger, der arbeitet, muss spürbar mehr bekommen, als
96 derjenige, der nicht arbeitet. Zudem muss der Übergang zu besser bezahlter
97 Arbeit gleitend und lohnend sein. Deshalb sollen folgende Prozentanteile als
98 Freibeträge nicht auf das Bürgergeld angerechnet werden:
- 99 - bis 600 € Bruttoerwerbseinkommen: 40 % des Bruttoerwerbseink.,
100 - 600 - 1.200 € Bruttoerwerbseinkommen: 20 % des Bruttoerwerbseink.,
101 - über 1.200 € Bruttoerwerbseinkommen: 10 % des Bruttoerwerbseink.
- 102 Durch die Hinzuverdienstgrenzen wirkt das Bürgergeld auf Arbeitlose und Ge-
103 ringverdienende aktivierend, stärkt die Eigenverantwortung und ist ein ent-
104 scheidender Schritt zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.
- 105 7. Von einem Bürgergeldempfänger, der gesund ist und keine eigenen Angehöri-
106 gen zu versorgen hat, ist grundsätzlich zu erwarten, dass er entweder eine
107 Gegenleistung an die Gemeinschaft zurückgibt oder eine ihm angebotenen Ar-
108 beit annimmt. Andernfalls wird sein Bürgergeld merklich vermindert. Das Bür-
109 gergeld schützt so die Fleißigen vor den Faulen und fördert damit die Leis-
110 tungsbereitschaft.
- 111 8. Das Bürgergeld wirkt aktivierend durch ausreichende Anreize auf der einen
112 und Sanktionen auf der anderen Seite. Die Sanktionsmechanismen müssen
113 konsequent angewendet werden, nicht zuletzt auch zum Schutze des Steuer-
114 zahlers vor Sozialleistungsmisbrauch und zur Bekämpfung von Schwarzarbeit.
115 Deshalb wird die Pauschale für den Lebensunterhalt um bis zu 30 % gekürzt,
116 wenn angebotene zumutbare Arbeit abgelehnt wird. Eine weitere Ablehnung
117 zieht die gleiche Rechtsfolge nach sich, so dass die tatsächliche Kürzung bei
118 Arbeitsverweigerung erheblich höher liegen kann.
- 119 9. Die Betreuung der Bürgergeldempfänger erfolgt dort, wo der notwendige per-
120 sönliche Kontakt gewährleistet werden kann: auf kommunaler Ebene. Dies gilt
121 sowohl für die Betreuung der nichterwerbsfähigen Bürgergeldempfänger als
122 auch zusätzlich für die Vermittlung arbeitsfähiger Bürgergeldempfänger. Ziel
123 ist es, arbeitsfähigen Bürgergeldempfängern den Weg hin zu einer lohnenden
124 Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu ebnen und dazu auch eine eventuell
125 notwendige psychosoziale Betreuung sowie Wohnungs- und Kinderbetreu-
126 ungsfragen mit einzubeziehen.
- 127 10. Um die Verknüpfung von Lohnsteuer und Bürgergeld zu ermöglichen, erfolgt
128 bei denjenigen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, die Auszahlung des
129 Bürgergeldes durch den Arbeitgeber. Dazu wird auf Antrag eines Berechtigten
130 die Höhe des Bürgergeldanspruchs seiner Bedarfsgemeinschaft und die Höhe
131 der Kindergeldes (als Teilbetrag des Bürgergeldanspruchs) auf der Lohnsteuer-
132 erkarte eingetragen bzw. bei einem EDV-gestützten Verfahren zusammen mit
133 den anderen Lohnsteuerdaten dem Arbeitgeber mitgeteilt. Über seine Lohnab-
134 rechnung erhält der Arbeitnehmer seinen Nettolohn und das auszahlende
135 Bürgergeld. Soweit das auszahlende Bürgergeld höher ist als die zu entrich-
136 tende Lohnsteuer ergibt sich so praktisch eine Negative Einkommensteuer. Bei
137 Bürgergeldempfängern, die nicht erwerbstätig sind, erfolgt die Auszahlung des

138 Bürgergeldes entweder direkt über das Finanzamt oder über die zuständige
139 kommunale Einrichtung.

140

141 **Das Liberale Bürgergeld ist unverzichtbarer Bestandteil eines Neustarts für**
142 **mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.**

143 Die Einführung des Bürgergeldes ist ein wichtiger Baustein für die vom Bundespräsi-
144 denten angemahnten, umfassenden Reformschritte für unser Land. Es führt nur dann
145 zu dem gewünschten Abbau von Arbeitslosigkeit, wenn es durch weitere Reformen
146 für mehr Wachstum und Beschäftigung ergänzt wird:

147

148 - Flexibilisierung des Tarifrechts und Öffnung der Tarife nach unten, damit Ar-
149 beit mit geringer Wertschöpfung wieder nachgefragt wird.

150 - Erweiterung des Günstigkeitsprinzips und Abschaffung der Allgemeinverbind-
151 lichkeit von Flächentarifverträgen.

152 - Betriebliche Bündnisse dürfen nicht die Ausnahme bleiben, sondern müssen
153 zur Regel werden.

154 - Reform des Kündigungsschutzes, damit dieser nicht mehr zu einem Einstel-
155 lungshindernis wird und Arbeitsgerichtsprozesse vermindert werden.

156 - Anhebung der Grenze der 400-Euro-Jobs auf 600 Euro als flexibles Arbeits-
157 marktinstrument und Chance gerade für Langzeitarbeitslose oder Erziehende
158 zum Wiedereinstieg auf den ersten Arbeitsmarkt.

159 - Schnellstmögliche Umsetzung einer effizienten, kommunalen und bürgernahen
160 Arbeitsvermittlung und Betreuung.

161 - Senkung der Lohnnebenkosten durch Abkopplung des Beitrags zur Pflege- und
162 Krankenversicherung vom Lohn und nachhaltige Strukturreformen in allen so-
163 zialen Sicherungssystemen.

164 - Umsetzung des Liberalen Gesundheitsmodells: Privater Krankenversicherungs-
165 schutz mit sozialer Absicherung für alle, zielgenau, unbürokratisch und famili-
166 engerecht.

167 - Einführung eines einfachen, niedrigen und gerechten Steuersystems verbun-
168 den mit einer deutlichen Tarifsenkung und einem zeitgleichen konsequenten
169 Subventionsabbau in Verbindung mit einer Rechtsform neutralen Unterneh-
170 menssteuerreform, die die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen wie-
171 der herstellt.

172

173 Das liberale Bürgergeld ist von zentraler Bedeutung, um Deutschland endlich wieder
174 auf einen höheren Wachstumspfad gebracht werden kann – für mehr Wohlstand für
175 alle.